Entwurf zur Novelle des Niedersächsischen Wassergesetzes

50 geänderte Paragraphen

- Darstellung der geplanten Gesetzesänderung
- Bedeutung für die Wasserwirtschaft
- Bedeutung für unsere spezielle Region
- Umsetzung durch die Wasserbehörden
(Arbeitsaufwand)

Auszug aus der Begründung zur geplanten NWG - Änderung

Es erfolgen verschiedene Änderungen der Regelungen zur Reinhaltung und Entwicklung der Gewässer. Damit soll ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach der Wasserrahmenrichtlinie geleistet werden.

Wasserrahmenrichtlinie

(Dezember 2000)

Die EU-Kommission verfolgt mit der Wasserrahmenrichtlinie folgende Ziele einer nachhaltigen Wasserpolitik:

- Schutz und Verbesserung des Zustands der aquatischen Ökosysteme
- Langfristiger Schutz vorhandener Wasserressourcen
- Schutz der Bevölkerung vor Überschwemmungen und Dürren

Die EU-Mitgliedsstaaten wurden in der Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet, spätestens bis zum Jahr 2015 einen „guten ökologischen Zustand“ für alle Oberflächengewässer und einen „guten mengenmäßigen und chemischen Zustand“ für das Grundwasser zu erreichen und zu erhalten (Verschlechterungsverbot).

Die Verlängerung dieser Frist bis spätestens 2027 ist erfolgt.

§ 58 NWG Gewässerrandstreifen

- Bisher in Niedersachsen Gewässerrandstreifen nur an Gewässer I. und II. Ordnung
- Geplant: Gewässerrandstreifen (5 m breit) jetzt auch an Gewässern III. Ordnung
- Verwendungsverbot von Pflanzenschutzmittel und Düngemittel in Gewässerrandstreifen
- bisherige Verbote gelten jetzt auch an Gewässer III. Ordnung
- die UWB kann nach § 38 WHG von den Verboten befreien,
 - wenn das Wohl der Allgemeinheit die Maßnahme erfordert
 - wenn das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) § 38 Gewässerrandstreifen (Auszug)

(1) Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen.

(2) Der Gewässerrandstreifen umfasst das Ufer und den Bereich, der an das Gewässer landseits der Linie des Mittelwasserstandes angrenzt. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, **bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante.**

(3) Der Gewässerrandstreifen ist im Außenbereich fünf Meter breit. Die zuständige Behörde kann für Gewässer oder Gewässerabschnitte

1. Gewässerrandstreifen im Außenbereich aufheben,
2. im Außenbereich die Breite des Gewässerrandstreifens abweichend von Satz 1 festsetzen,
3. innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile Gewässerrandstreifen mit einer angemessenen Breite festsetzen.

§ 38 (4) - Verbote –

..... Im Gewässerrandstreifen ist verboten:

1. die Umwandlung von Grünland in Ackerland,
2. das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, ausgenommen die Entnahme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, sowie das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern,
3. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, **ausgenommen die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln**, soweit durch Landesrecht nichts anderes bestimmt ist, und der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in und im Zusammenhang mit zugelassenen Anlagen,
4. die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können.

**§ 58 Gewässerrandstreifen
(zu § 38 WHG)**

(1) An Gewässern dritter Ordnung besteht kein Gewässerrandstreifen.

(1) ¹§ 38 Abs. 4 WHG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass in Gewässerrandstreifen die Verwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln verboten ist. ²Das Verbot nach Satz 1 gilt nicht, soweit die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aufgrund einer Verordnung nach § 36 Abs. 6 PflSchG zulässig ist. ³§ 38 Abs. 5 WHG findet entsprechende Anwendung.

(2) Soweit dies im Hinblick auf die Funktionen der Gewässerrandstreifen nach § 38 Abs. 1 WHG erforderlich ist, kann die Wasserbehörde anordnen, dass Gewässerrandstreifen mit standortgerechten Gehölzen bepflanzt oder sonst mit einer geschlossenen Pflanzendecke versehen werden, die Art der

(2) Soweit dies im Hinblick auf die Funktionen der Gewässerrandstreifen nach § 38 Abs. 1 WHG erforderlich ist, kann die Wasserbehörde anordnen, dass Gewässerrandstreifen mit standortgerechten Gehölzen bepflanzt oder sonst mit einer geschlossenen Pflanzendecke versehen werden, die Art der

Verringerung von oberflächigen Einträgen in
Gewässer

Einschränkung der lw. Nutzung

enges Netz Gewässer III. Ordnung im Lk WTM

Kontrolle und Umsetzung der Regelung durch
die UWB aufwändig

viele Ortstermine

Doppelzuständigkeit NWG Düngeverordnung
/Pflanzenschutzgesetz

Neue §§ 59a und 59 b Entwicklungskorridore und Vorkaufsrecht

- § 59 a Die Wasserbehörde kann durch Verordnung im Benehmen mit den betroffenen Gemeinden für Gewässer oder Gewässerabschnitte Entwicklungskorridore festsetzen, soweit dies erforderlich ist, um eine **eigendynamische Entwicklung** der Gewässer zu ermöglichen und die Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 WHG zu erreichen.
- § 59 b Vorkaufsrecht für das Land auf **Gewässerrandstreifen an Gewässer II. Ordnung** und Flächen die als Entwicklungskorridore festgesetzt wurden.

Im LK Wittmund derzeit keine Gewässer mit
Entwicklungskorridoren

Vorkaufsrecht für Gewässerrandstreifen an
Gewässer II. Ordnung betrifft eine erhebliche
Fläche im Lk WTM

§ 61 Gewässerunterhaltung

- § 39 WHG regelt Art und Umfang der Gewässerunterhaltung
- das derzeitige NWG ersetzt diese z. T. durch eigene Regelungen
- der NWG-Entwurf setzt die WHG-Formulierungen wieder in Kraft und ergänzt eigene Punkte

Auszug § 39 WHG Abs. 1

Gewässerunterhaltung

- Zur Gewässerunterhaltung gehören insbesondere:
- die Erhaltung des Gewässerbettes, auch zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Wasserabflusses,
- die Erhaltung der Ufer, insbesondere durch Erhaltung und Neuanpflanzung einer standortgerechten Ufervegetation, sowie die Freihaltung der Ufer für den Wasserabfluss,
- die Erhaltung der Schiffbarkeit von schiffbaren Gewässern mit Ausnahme der besonderen Zufahrten zu Häfen und Schiffsanlegestellen,
- die Erhaltung und Förderung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Gewässers insbesondere als Lebensraum von wild lebenden Tieren und Pflanzen,
- die Erhaltung des Gewässers in einem Zustand, der hinsichtlich der Abführung oder Rückhaltung von Wasser, Geschiebe, Schwebstoffen und Eis den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Auszug § 61 NWG alt

1. die Reinigung, die Räumung, die Freihaltung und der Schutz des Gewässerbetts einschließlich seiner Ufer,
 2. die Erhaltung und Anpflanzung standortgerechter Ufergehölze,
 3. die Pflege von im Eigentum des Unterhaltungspflichtigen stehenden Flächen entlang der Ufer, soweit andernfalls eine sachgerechte Unterhaltung des Gewässers nicht gewährleistet ist,
 4. die Unterhaltung und der Betrieb der Anlagen, die der Abführung des Wassers dienen.
- § 39 Abs. 1 WHG findet keine Anwendung.

§ 61 NWG neu

Zur Gewässerunterhaltung nach § 39 Abs. 1 WHG gehören auch

1. die Pflege von im Eigentum des Unterhaltungspflichtigen stehenden Flächen entlang der Ufer, soweit andernfalls eine sachgerechte Unterhaltung des Gewässers nicht gewährleistet ist,
2. die Unterhaltung und der Betrieb der Anlagen, die der Abführung des Wassers dienen.

§ 79 Gewässerunterhaltung behördliche Entscheidungen

- Die Wasserbehörde muss eine Unterhaltungsordnung für Gewässer II. und III. Ordnung aufstellen
 - *Zusätzlicher Aufwand in den Wasserbehörden*
 - *Landesaufgabe?*
- Die Verbände müssen die erforderlichen Maßnahmen der Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung in Plänen darstellen.
- Die Wasserbehörde kann die Pläne fordern und für verbindlich erklären

Geänderter § 87 Feldmieten

soll erst in 5 Jahren in Kraft treten

Die Lagerung von Silage oder Festmist auf ungedichten Flächen ist der Wasserbehörde spätestens 1 Woche nach Beginn der Ablagerung anzuzeigen.

Das Lagern nach Absatz 1 ist nur zulässig, wenn der erzeugende Betrieb ausreichende Lagerkapazitäten auf befestigten und gedichteten Flächen besitzt, die den Bedarf für eine solche Maßnahme minimieren.

gilt nicht für Klauen- und Huftiere und für Betriebe mit weniger als 100 GV

gilt nicht für die kurzfristige Lagerung von Festmist, die für die Ausbringung erforderlich ist

Fachministerium kann durch Verordnung nähere Anforderungen regeln

Die in den Absätzen 1 bis 4 für Wirtschaftsdünger getroffenen Regelungen gelten entsprechend auch für Gärreste.

Feldmieten

- derzeitiger Erlass wird oftmals nicht beachtet
- Ordnungs- und strafrechtliche Verfahren in der Vergangenheit
- Grundwasserbelastung
- Anlieferung oft nicht zur Ausbringungszeit
- in Baugenehmigungsverfahren werden ausreichende Lagerkapazitäten für Silagen und Fettmist gefordert
- Hoher Arbeitsaufwand der Wasserbehörden

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit